

Von der „Lettow-Vorbeck-Straße“ zur Straße „Am Rosengarten“ – Erinnerungskultur in Mönchengladbach

Nach der offiziellen Anerkennung der kolonialen Verbrechen im heutigen Namibia als Völkermord durch die Bundesregierung regte der frühere Oberbürgermeister Reiners (CDU) in einem Schreiben an die CDU-Ratsfraktion eine schnelle Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Straße in Namibia-Straße an dem Tag an, an dem der Bundespräsident in Namibia offiziell um Vergebung bitten werde (RP, 18.6.21).

Nur wenig später wandte sich eine Gruppe von Anwohnern der Straße mit dem Vorschlag an Oberbürgermeister Heinrichs (SPD), eine Umbenennung in „Am Rosengarten“ vorzunehmen. Sie verwiesen auf einen 1906 eröffneten Rosengarten, der später in die Nähe der Lettow-Vorbeck-Straße verlegt worden sei und in dem 1928 die Deutsche Rosenschau stattgefunden habe (RP, 22.6.21).

In der Tat wurde in den ersten Umbenennungsüberlegungen nach dem Zweiten Weltkrieg „En de Rös“ als neuer Name vorgeschlagen.

Diesem Vorschlag stimmte der Stadtrat am 30.6.21 mit breiter Mehrheit zu, nicht aber dem folgenden Antrag der „Ampel“: „Im Gedenken an die Opfer des Genozids an den Herero und Nama soll durch die zu gründende Kommission eine sichtbare Form des Mahnens und Gedenkens gefunden werden.“

Die offizielle Umbenennung im eher „kleinen Kreis“ erfolgte am 16.7.21.

Das ursprüngliche Straßenschild, das mit einem roten Querstrich versehen ist, wird zur besseren Orientierung Ortsunkundiger noch ein Jahr hängen bleiben.

Offen bleibt die Frage, in welcher Form denn nun an den historischen Hintergrund des alten Straßennamens und die Gründe zur Umbenennung erinnert werden soll.

Eigentlich ist das die Aufgabe der Historiker-Kommission, deren Errichtung von allen Parteien mit Ausnahme der AfD im Kulturausschuss im Dezember 2020 beschlossen wurde.

Ursprünglich hatte Oberbürgermeister Heinrichs das Thema „Erinnerungskultur“ offenbar zur „Chefsache“ machen wollen.

Geplant war eine Online-Bürgersprechstunde Anfang Juli 2021, in der man nach Aussage von Bürgermeisterin Josephine Gauselmann (SPD) „mit der Stadtgesellschaft ins Gespräch kommen“ wollte, „an wen wir in unserer Stadt erinnern wollen“ (RP, 18.6.21).

Diese Bürgersprechstunde wurde allerdings bis jetzt nicht realisiert.

Zudem sollte bis September 2021 eine aus den kulturpolitischen Sprecher*innen der Fraktionen und dem zuständigen Dezernenten Dr. Fischer bestehende Arbeitsgruppe eine Grundlage für die Historikerkommission unter Mitwirkung externer Experten erarbeiten (RP, 23.9.21).

Von der Idee, diese Experten einzubeziehen, scheint zumindest Oberbürgermeister Heinrichs inzwischen abgekommen zu sein (RP, 23.9.21).

Hans Walter Hütter, Präsident des Hauses der Geschichte und Anja Kruke, Leiterin des Archivs der Sozialen Demokratie, hätten, so Heinrichs, nach den Erfahrungen in anderen Städten nämlich von der Einrichtung einer Kommission abgeraten.

Wie wichtig eine umfassende Erinnerungskultur in einer Stadt bleibt, deren Entscheidungsträger in der NS-Zeit den Umbau von Schloss Rheydt zu einer Gästevilla für Joseph Goebbels mit 800.000 RM finanzierten, ist daran zu erkennen, dass immer noch die Steigbügelhalter des Faschismus (Hindenburg, Hohenzollern), ein SS-Hauptsturmführer mit Zuständigkeit für die „Aushebung“ von Zwangsarbeitern (Hanns Martin Schleyer) und ein maßgeblicher NS-Sportfunktionär, der noch am 18.3.45 zum „finalen Opfergang für den Führer“ aufrief (Carl Diem), mit Straßennamen geehrt werden.